

Das Tabellenprogramm für den *gebäude- und wohnungsstatistischen Teil* sieht analog dem Programm der Volks- und Berufszählung neben einem Standardprogramm auch die Möglichkeit von Sondertabellierungen für Probleme vor, die zur Zeit noch nicht übersehbar sind. Das Standardprogramm gliedert sich ebenfalls in einen Regionalteil und einen Tabellenteil für Länder- und Bundesergebnisse.

Der Regionalteil umfaßt folgende Nachweise:

- Gemeindeblatt,
- Gemeindetabellen,
- Daten für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes,
- Kreistabellen.

Das Gemeindeblatt des gebäude- und wohnungsstatistischen Teils wird im Anschluß an das Gemeindeblatt der Volkszählung ausgedruckt und mit diesem den Gemeinden unmittelbar zugeleitet. Es ist außerdem zusammen mit dem Kreisprogramm zur Veröffentlichung vorgesehen. Die Veröffentlichung der Gemeindetabellen ist fakultativ.

Die Länder- und Bundesergebnisse werden in drei Tabellengruppen dargestellt. Es sind dies die

- Städtebautabellen,
- Gebäude- und Wohnungstabellen und
- Haushaltstabellen.

Nur die Bundesergebnisse sind voll zur Veröffentlichung vorgesehen; die Länderergebnisse dagegen nur auszugsweise. Das Standardtabellenprogramm der *Arbeitsstättenzählung* bringt Ergebnisse für den Bund, die Länder und z. T. auch für Kreise und Gemeinden. Es umfaßt die Teile Arbeitsstätten, Ein-

¹² Ein erster Fragebogentest auf freiwilliger Basis hat bereits im Mai vergangenen Jahres stattgefunden.

und Mehrbetriebsunternehmen zusammen sowie Mehrbetriebsunternehmen. Außerdem ist noch eine Reihe von Sondertabellen vorgesehen, unter anderem für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und für Konzentrationsmessungen.

Stand der Vorbereitungen

Die Vorbereitung des Zählungswerkes, die im Frühjahr 1976 mit der Ausarbeitung eines ersten Konzepts begonnen hat, ist bis jetzt ohne wesentliche zeitliche Verzögerung vorangetrieben. Dafür war nicht zuletzt ausschlaggebend, daß auf umfangreiche Erfahrungen aus der Volkszählung 1970 sowie auf die Vorarbeiten zu der für 1975 vorgesehenen Zählung zurückgegriffen werden konnte.

Zur Zeit wird im Rahmen einer zweiten freiwilligen Testbefragung¹² festgestellt, ob der ausgearbeitete Grundstücks- und Gebäudebogen sowie der Wohnungs- und Haushaltsbogen bei der Bevölkerung „ankommt“, und ob die gegebenen Hinweise und Erläuterungen verstanden werden. Dabei wird gleichzeitig der Entwurf einer Zählerliste erprobt. Weitgehend abgeschlossen sind die Überlegungen zum Tabellenprogramm und zu den manuellen und maschinellen Datenflußplänen, so daß vor kurzem mit der Erstellung von Bandsätzen für die Datenerfassung sowie mit der Ausarbeitung der Plausibilitätskontrollen begonnen werden konnte.

Abschließend ist zu bemerken, daß die weitere Einhaltung der vorgesehenen Termine nunmehr davon abhängt, ob die gesetzliche Grundlage so rechtzeitig verabschiedet wird, daß die für Mitte 1979 vorgesehene umfangreichere, den gesamten Zählungskomplex umfassende Probeerhebung ohne zeitlichen Verzug durchgeführt werden kann.

Dr. Egmont Wagner

Das Fachhochschulwesen 1978/79

Bei der jungen Generation hat das Studium an einer Fachhochschule in den letzten Jahren zunehmend Anklang gefunden, nachdem sich diese bis etwa Mitte der siebziger Jahre fast ausschließlich für ein Studium an einer Wissenschaftlichen Hochschule¹ interessiert hatte. Die verschlechterten Arbeitsplatzchancen für Voll-Akademiker allgemein sowie der geringer gewordene Bedarf an zusätzlichen Lehrern im besonderen und die dagegen vergleichsweise guten Aussichten für Fachhochschulabsolventen haben diesem Studium wieder eine größere Attraktivität verliehen. Hinzu kommt eine bewußte Förderung dieser Studiengänge durch die politischen Institutionen, die bemüht sind, das Fachhochschulstudium als echte Alternative zum Universitätsstudium anzubieten.

6300 neue Studienplätze vorgesehen

Dies zeigt sich unter anderem auch daran, daß der Ministerrat bereits im Herbst 1977 das Kultusministerium² beauftragt hatte, einen Stufenplan zum Ausbau der Fachhochschulen zu erarbeiten. Dieser Stufenplan wurde später in der interministeriellen Arbeitsgruppe „Ausbildungs- und Berufschancen der jungen Generation“ überarbeitet und vom Ministerrat am 29. August 1978 verabschiedet. Der Ausbauplan sieht in seiner

Endstufe eine Erweiterung der Studienplätze an Fachhochschulen um rund 6300 bis zum Jahre 1982 vor. Diese erweiterte Kapazität wird durch eine zeitlich begrenzte Überlast von 5300 Studienplätzen bei entsprechender Nachfrage zusätzlich erhöht. Die volle Kapazität von rund 31 000 Studienplätzen soll im Jahre 1985 erreicht sein, dem Jahr, in dem auf Grund der demographischen Entwicklung mit der Höchstzahl an Studenten zu rechnen ist.

Allerdings bezieht sich der Ausbauplan nur auf die 22 staatlichen Fachhochschulen (ohne 2 Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung); die 7 nichtstaatlichen Institutionen³ sind in ihrer quantitativen Entwicklung auf dem Stand von 1975 festgeschrieben worden.

Der Ausbau des Fachhochschulwesens ist in engem Zusammenhang mit der Einschränkung der Kapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen zu sehen. Deshalb hat die Umwidmung der Raumkapazität von Pädagogischen Hochschulen auf Fachhochschulen erste Priorität. Im Vordergrund soll eine Erweiterung des Angebots an Studienplätzen für die Studiengänge Betriebswirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen um je 600 Studienplätze stehen. Die „klassischen“ technischen Fächer werden nur soweit ausgebaut, wie es zur Abrundung des Fächerangebots notwendig ist. Außerdem soll das Angebot

¹ Universitäten einschließlich Pädagogische Hochschulen.

² Inzwischen ist die Zuständigkeit auf das Ministerium für Wissenschaft und Kunst übergegangen.

³ Ausgenommen die erst 1976 eingerichtete Fachhochschule für Arbeits- und Berufsberater Mannheim.

Tabelle 1
Studierende an staatlichen Fachhochschulen

Fachhochschule	Studierende insgesamt ¹⁾		Darunter		Anteil der Studentinnen in %	
			Studentinnen			
	WS 78/79	WS 73/74	WS 78/79	WS 73/74	WS 78/79	WS 73/74
Technisch-naturwissenschaftliche Fachhochschulen ²⁾						
Aalen	1 105	805	93	44	8,4	5,5
Biberach	421	229	50	19	11,9	8,3
Esslingen, Technik	1 792	1 047	48	10	2,7	1,0
Furtwangen	958	633	72	21	7,5	3,3
Heilbronn	1 572	834	346	66	22,0	7,9
Karlsruhe	2 604	1 458	242	70	9,3	4,8
Konstanz	1 419	1 084	109	54	7,7	5,0
Mannheim, Technik	1 274	938	116	54	9,1	5,8
Nürtingen	953	336	200	23	21,0	6,8
Offenburg	422	304	7	—	1,7	—
Ravensburg	437	170	12	3	2,7	1,8
Reutlingen	1 043	489	272	93	26,1	19,0
Stuttgart, Druck	610	341	122	23	20,0	6,7
Stuttgart, Technik	1 234	963	196	147	15,9	15,3
Ulm	1 162	670	47	17	4,0	2,5
Zusammen	17 006	10 301	1 932	644	11,4	6,3
darunter in Praxissemestern	3 065	1 425
Nicht-technische Fachhochschulen						
Esslingen, Sozialwesen	618	304	380	203	61,5	66,8
Kehl, Verwaltung	846	546	308	102	36,4	18,7
Mannheim, Sozialwesen	448	519	238	295	53,1	56,8
Pforzheim, Gestaltung	265	196	154	85	58,1	43,4
Pforzheim, Wirtschaft	1 366	1 174	296	126	21,7	10,7
Schwäb. Gmünd, Werkkunst	192	138	85	48	44,3	34,8
Sigmaringen, Hauswirtschaft	347	144	278	125	80,1	86,8
Stuttgart, Bibliothekswesen	361	258	251	218	69,5	84,5
Stuttgart, Verwaltung	1 347	716	596	146	44,2	20,4
Zusammen	5 790	3 995	2 586	1 348	44,7	33,7
darunter in Praxissemestern	446	310
Nicht-staatliche Fachhochschulen						
Zusammen	2 641	2 041	1 434	950	54,3	46,6
darunter in Praxissemestern	699	323
Insgesamt	25 437	16 337	5 952	2 942	23,4	18,0
darunter in Praxissemestern	4 210	2 058

¹⁾ Einschließlich Studenten in Praxissemestern. — ²⁾ Einschließlich der nicht-technischen Studiengänge.

durch eine große Anzahl neuer Studiengänge, wie zum Beispiel für Augenoptik, spezielle Betriebswirtschaftslehren, Kartographie, Wirtschaftsinformatik und andere, beträchtlich erweitert werden.

Nur 20% aller Studenten an Fachhochschulen

Baden-Württemberg ist mit 31 staatlichen und nichtstaatlichen Fachhochschulen nach Nordrhein-Westfalen (40) das fachhochschulreichste Bundesland. Im Wintersemester 1978/79 wurden hier (einschließlich Praxissemester) 25 440 Studierende gezählt. Gegenüber anderen Bundesländern hat das Land einen Import-Überschuß von rund 1600 Fachhochschulern, der sich durch 900 Ausländer zusätzlich erhöht.

Obwohl Baden-Württemberg eines der hochschulreichsten Länder des Bundesgebiets ist, weist es nur unterdurchschnittliche Studienquoten auf, wenn man nicht die in Baden-Württemberg Studierenden zur Berechnung heranzieht, sondern diejenigen Studenten, die ihren ständigen Wohnsitz in Baden-Württemberg haben, unabhängig davon, in welchem Bundesland sie studieren.

Umgerechnet auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von 20 bis einschließlich 25 Jahren befinden sich von 1000 Baden-Württembergern 167 an Wissenschaftlichen Hochschulen und 38 an Fachhochschulen. Demgegenüber errechnet sich für das Bundesgebiet ein Durchschnitt von 174 Studenten an Wissenschaftlichen und von 41 Studenten an Fachhochschulen.

Von den insgesamt rund 142 000 Studenten des Wintersemesters 1978/79 in Baden-Württemberg befinden sich 82% an den Wissenschaftlichen Hochschulen, so daß sich also das

Studium noch immer zahlenmäßig auf die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen konzentriert. Dennoch leisteten die staatlichen und nichtstaatlichen Fachhochschulen bisher schon einen wichtigen Beitrag zum Abbau des sozialen und regionalen Bildungsgefälles. So kommen von den Studienanfängern an Fachhochschulen mehr als 26% aus Arbeiterfamilien, während unter den Studienanfängern der Universitäten Arbeiterkinder nur mit etwa 13% vertreten sind. Auf Grund des in die Wege geleiteten Ausbaus dieser Schulart soll dieser Beitrag künftig noch erweitert werden, und zwar nicht nur in regionaler Beziehung, sondern durch eine Veränderung des Bildungsangebotes auch in struktureller Hinsicht.

4% scheiden pro Semester vorzeitig aus

Die Fachhochschulen, die aus den ehemaligen Ingenieurschulen entstanden sind, ermöglichen ein vorwiegend praxisorientiertes Studium, wobei die technisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge überwiegen. In ihnen werden 15 600 Studenten gegenüber nur 9900 in den nichttechnischen Studiengängen gezählt. Verbindlich sind für alle Studiengänge zwei Praxissemester, die aber je nach Studiengang zu unterschiedlichen Zeitpunkten abgeleistet werden müssen. Da jeder Student nach jedem Semester einen Leistungsnachweis erbringen muß, bewirken die vorgegebenen Regelstudienzeiten⁴, daß bereits ein zweimaliges Versagen bei den Leistungsnachweisen zu

⁴ Im allgemeinen 8 Semester, jedoch gibt es auch 6semestrige Studiengänge, bzw. 2jährige Studiengänge, die in Trimester aufgeteilt sind.

einem Überschreiten der Studienzeiten und damit zur vorzeitigen Aufgabe des Studiums führt, sofern nicht Ausnahmeregelungen anerkannt werden. So haben im Wintersemester 1977/78 etwa 950 Studenten die Fachhochschulen ohne Abschluß⁵ verlassen. Umgerechnet auf den Gesamtbestand sind also im Wintersemester fast 4% aller Fachhochschulstudenten vorzeitig ausgeschieden.

Allein an dieser Zahl wird die Problematik einer globalen Betrachtung deutlich: Von den 31 bestehenden Hochschulen sind nämlich 17 technisch-naturwissenschaftlich orientiert, 5 sozialpädagogisch ausgerichtet, 5 bilden für die Bereiche Wirtschaft und Verwaltung aus und 4 Hochschulen erteilen eine künstlerische Ausbildung. Vorzeitige Abgänge (Drop-out) sind vergleichsweise häufiger in den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen festzustellen, während sie in anderen Fachbereichen teilweise, in den sozialpädagogischen sogar deutlich unter 2% liegen. Immerhin ist der Drop-out an den Fachhochschulen deutlich geringer als an den Universitäten. Zwar gibt es wegen noch fehlender Verlaufstatistiken keine exakten Vergleichszahlen, jedoch kann man auf Grund von überschlägigen Berechnungen davon ausgehen, daß die Drop-out-Quote der Universitäten von rund 25% an den Fachhochschulen nicht erreicht wird.

60% mehr Studenten an den Fachhochschulen

Das zunehmende Interesse für das Fachhochschulstudium geht allein schon daraus hervor, daß im Wintersemester 1978/79 in Baden-Württemberg 18% – gegenüber 13,5% im Wintersemester 1973/74 – aller Studenten an Fachhochschulen eingeschrieben waren. In dieser Zeit hat der Studentenbestand an den Fachhochschulen von 16 300 auf 25 400 anteilmäßig bedeutend stärker (55%) als an den Universitäten (+ 20%) zugenommen. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß sich die Bestandserhöhung an den Fachhochschulen im Gegensatz zu den

Universitäten nicht in den geistes-, wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen, sondern vorwiegend im technisch-naturwissenschaftlichen vollzog, dem Bereich also, für den der von der Landesregierung gebilligte Ausbauplan auch die stärkste Kapazitätsausweitung vorsieht: von den 6300 zusätzlichen Studienplätzen entfallen allein 4300 auf diesen Bereich. Innerhalb der Vergleichsjahre ist die Zahl der Studenten an den staatlichen technisch-naturwissenschaftlichen Fachhochschulen um 65% angestiegen, während sich der Bestand an den anderen Fachhochschulen nur um 40% erhöhte⁶.

Das Dominieren der technisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen wird auch durch die Tatsache verdeutlicht, daß mit Karlsruhe (2600 Studierende), Esslingen (1800), Heilbronn (1570) und Konstanz (1420) die größten Fachhochschulen des Landes technisch orientiert sind, erst danach folgen in der Größe mit Pforzheim (Wirtschaft 1370), Stuttgart (Verwaltung 1350) nicht-technische Fachhochschulen.

Vermehrtes Studienplatzangebot für Mädchen

Eine globale Betrachtung der Bestandsveränderungen im Hochschulbereich läßt wegen der starken Zugänge an Studenten zwar die Notwendigkeit einer Kapazitätsausweitung an den Fachhochschulen erkennen, ein wichtiger Entwicklungsaspekt wird dadurch aber nicht berücksichtigt: das ständig zunehmende Studieninteresse der Mädchen. Mit steigender Zahl an Abiturientinnen absolvieren auch immer mehr Mädchen ein Hochschulstudium. Derzeit sind es in Baden-Württemberg rund 49 200. 31 500 davon sind an Universitäten (64%), 10 250 (21%) an den Pädagogischen Hochschulen, jedoch nur 5900 (12%) an den Fachhochschulen eingeschrieben. Bezogen auf die jeweilige Studentenzahl der einzelnen Hochschulart sind an den Universitäten 32%, an den Pädagogischen Hochschulen 65% weiblich, an den Fachhochschulen jedoch nur 23%. Diese Quoten weisen steigende Tendenz auf, denn unter den Studien-

⁵ Einschließlich der Abgänge aus sonstigen Gründen.

⁶ Ohne die 1973 noch nicht bestehenden Fachhochschulen für Arbeits- und Berufsberater Mannheim.

Tabelle 2
Studierende an Fachhochschulen nach Studienfachgruppen

Fachgruppe	Studierende insgesamt ¹⁾		Darunter Studentinnen		Anteil der Studentinnen in %	
	WS 78/79	WS 73/74	WS 78/79	WS 73/74	WS 78/79	WS 73/74
Technisch-naturwissenschaftliche Fachgruppen						
Chemie	638	256	227	63	35,6	24,6
Elektrotechnik	2 603	2 000	39	16	1,5	0,8
Feinwerktechnik	1 214	673	38	21	3,1	3,1
Fertigungstechnik	801	499	14	5	1,8	1,0
Hoch- und Ingenieurbau	3 152	2 065	451	242	14,3	11,7
Informatik	1 634	680	320	72	19,6	10,6
Kunststofftechnik	224	44	39	2	17,4	4,6
Landesbau und Landespflanze	530	336	125	23	23,6	6,9
Maschinenbau	3 067	2 261	72	92	2,4	4,1
Mathematik	112	76	24	25	21,4	32,9
Physikalische Technik	309	258	23	21	7,4	8,1
Textiltechnik	293	222	182	88	62,1	39,6
Verfahrenstechnik	355	99	23	1	6,5	1,0
Wirtschaftsingenieurwesen	649	434	33	6	5,1	1,4
Zusammen	15 581	9 903	1 610	677	10,3	6,8
darunter in Praxissemestern	2 645	1 425				
Nicht-technische Fachgruppen						
Betriebswirtschaftslehre	2 072	1 186	560	114	27,0	9,6
Bibliothekswesen	361	258	251	218	69,5	84,5
Design	608	486	310	201	51,0	41,4
Haushalts- und Ernährungstechnik	190	144	144	125	75,8	86,8
Sozialwesen	3 117	2 368	1 845	1 277	59,2	53,9
Verwaltungswesen	2 443	1 262	990	248	40,5	19,7
Wirtschafts- und Betriebstechnik	1 065	730	242	82	22,7	11,2
Zusammen	9 856	6 434	4 342	2 265	45,0	35,2
darunter in Praxissemestern	1 565	633				
Insgesamt	25 437	16 337	5 952	2 942	23,4	18,0
darunter in Praxissemestern	4 210	2 058				

¹⁾ Einschließlich der Studenten in Praxissemestern.

anfängern der Universitäten sind bereits 37%, an den anderen beiden Hochschularten 75% bzw. 31% Mädchen. Damit wird deutlich, daß die Studiengänge an Pädagogischen Hochschulen Mädchen in besonderem Maße ansprechen. Wenn nun die Kapazität von Pädagogischen Hochschulen zugunsten von Fachhochschulen umgewidmet werden soll, wie es der Ausbauplan der Fachhochschulen vorsieht, so kann nur dann eine reale Verbesserung der Studienplatz-Situation erreicht werden, wenn das frauen-typische Studienangebot der Pädagogischen Hochschulen durch ein entsprechendes an Fachhochschulen ersetzt wird. Dies bedeutet, daß die Kapazität der Fachhochschulen nicht pauschal umgewidmet, sondern gezielt für frauen-typische Studiengänge erweitert werden muß, wenn vermieden werden soll, daß von den ursprünglich etwa 2000 Studienanfängerinnen der Pädagogischen Hochschulen (pro Studienjahr) der größte Teil auf die Universitäten ausweicht.

Wenn man die zahlenmäßige Entwicklung der Studiengänge an staatlichen Fachhochschulen unter geschlechts-spezifischen Gesichtspunkten analysiert, dann wird deutlich, daß das Studieninteresse der Mädchen bisher in überwiegender Maße gerade auf die nichttechnischen Studiengänge ausgerichtet war. 2600 der insgesamt 4500 Fachhochschülerinnen befinden sich in nichttechnischen Studiengängen. An den technischen Fachhochschulen sind nur 11% der Studenten weiblich⁷, an den anderen Fachhochschulen dagegen 45%. Im

⁷ Einschließlich der dort vorhandenen nicht-technischen Studiengänge.

Wintersemester 1978/79 haben nur etwas mehr als 300 Frauen ein Studium an den staatlichen technischen Fachhochschulen aufgenommen. Somit beträgt die Quote der Studienanfängerinnen nur 12%, gegenüber 50% an den nicht-technischen Fachhochschulen. Der Bestand an Studentinnen hat sich an den staatlichen technischen Fachhochschulen in den letzten fünf Jahren zwar überdurchschnittlich erhöht (+200%), ihre Anzahl ist mit 1900 jedoch immer noch zu gering, als daß man darin heute bereits eine quantitative Alternative für das reduzierte Studienplatzangebot der Pädagogischen Hochschulen sehen könnte.

Da sich unter den auszubauenden bzw. neu zu errichtenden Kapazitäten neben dem Angebot von 2000 zusätzlichen Studienplätzen in den nichttechnischen Fächern auch speziell für Frauen geeignete Ausbildungsrichtungen unter den 4300 neuen Plätzen in den technischen Studiengängen befinden, kann erwartet werden, daß die Studienbeteiligung von Frauen an den Fachhochschulen in absehbarer Zeit stark ansteigen wird. Dazu scheinen Studiengänge wie Augenoptik, Biomedizinische Technik, Industrie-Elektronik, Innenarchitektur, Kartographie und Wirtschaftsinformatik besonders geeignet. Legt man für diese sechs Studiengänge die durchschnittliche Beteiligung von Frauen an allen Studiengängen der Fachhochschulen zugrunde, so würden allein diese schon rund 500 Studienplätze für Frauen anbieten können und damit das Angebot an frauen-typischen Studiengängen erheblich erweitern.

Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Festerling

Vermögensbestände privater Haushalte

Der Bildung und Verteilung des Vermögens ist sowohl unter sozialpolitischen als auch wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Aspekten eine hohe Priorität einzuräumen. Die immer wieder aufflackernde Diskussion über das Vermögen und den Vermögenszuwachs sowie die mit der ungleichmäßigen Vermögensverteilung verbundenen Spannungen lassen vermuten, daß diese sozialpolitische Frage trotz der bisher erfolgten vermögenspolitischen Maßnahmen nicht gelöst werden konnte.

Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich nur mit einem kleinen Ausschnitt des komplexen Problemkreises. Sie beschränken sich auf die in Geld schätzbaren Güter privater Haushalte, wobei allerdings das Gebrauchsvermögen nicht berücksichtigt wird. Die Ausgaben für Gebrauchsvermögen werden im allgemeinen dem Konsum zugeordnet. Das Erwerbsvermögen gliedert sich in Grund und Boden, Gebäude, Wertpapiere, Spar- und sonstige Guthaben sowie Produktionsgüter; es wirft in der Regel einen vom Markt bewerteten Ertrag ab. Eine der wesentlichsten Komponenten, nämlich das Betriebsvermögen, konnte aus methodisch-statistischen Gründen nur in ungenügend repräsentativer Form erfaßt werden. Auf eine Darstellung dieser Vermögensart muß daher verzichtet werden. Das Statistische Landesamt hat im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 eine Zusatzbefragung durchgeführt, die Aussagen über die Vermögensbestände der privaten Haushalte in Baden-Württemberg zu Beginn des Jahres 1978 erlaubt. Die nachstehenden Ergebnisse beruhen auf freiwilligen Auskünften von knapp 7000 privaten Haushalten, mit denen sich jedoch kein vollständiges Bild der Vermögensbestände gewinnen läßt.

Freiwilligkeit bedeutet hier: wenig oder keine Bereitschaft zur Mitarbeit bei Haushalten mit sehr hohen und sehr niedrigen

Einkommen und Vermögen. Unterrepräsentiert sind zum Beispiel Haushalte von Selbständigen (einschl. Landwirten) und Nichterwerbstätigen sowie Ein-Personen-Haushalte und Haushalte mit Nettoeinkommen unter 1400 DM im Monat. Die Darstellung der einzelnen Tatbestände kann daher nicht in jedem Fall als voll repräsentativ angesehen werden. Um dieser Gegebenheit gerecht zu werden, wurde auf die Einbeziehung ungesicherter Ergebnisse verzichtet. Die Interpretation der er-

Tabelle 1
Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenswerte privater Haushalte

Soziale Stellung	Gesamtvermögen						
	1969	1973	1978	Veränderung in %			
	In 1000 DM je Haushalt			1973 gegen 1969	1978 gegen 1973	1978 gegen 1969	Durch- schnittl. jährl. Verän- derung von 1969 bis 1978
Haushaltsgröße							
Selbständiger	165,0	230,1	368,4	39,4	60,1	123,3	9,3
Beamter	54,0	95,8	128,1	77,4	33,7	137,2	10,1
Angestellter	53,6	89,0	125,3	66,0	40,8	133,8	9,9
Arbeiter	40,6	72,2	111,7	77,8	54,7	175,1	11,9
Nichterwerbstätiger	48,5	67,3	109,9	38,8	63,3	126,6	9,5
Landwirt	212,1	266,1	468,4	39,6	76,0	120,8	9,2
1 Person	31,3	41,8	61,9	33,5	48,1	97,8	7,9
2 Personen	62,2	77,2	124,3	24,1	61,0	99,8	8,0
3 Personen	66,1	83,8	141,8	26,5	69,6	114,5	8,9
4 Personen	80,4	107,5	166,4	33,7	54,8	107,0	8,4
5 Personen und mehr	111,5	147,8	217,2	32,6	47,0	94,8	7,7

¹⁾ Geometrisches Mittel.